

**Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland**  
**Bezirksleitung Hamburg**

**EINGANG**  
**30. NOV. 1981**  
**BETRIEBS-RAT**

**HAMBURG 1**  
 Kurt-Schumacher-Platz 10, 4. Stock  
 Fernsprecher: 34 0511-10  
 Faxnummer: 34 0511-10200  
 Bankkonto: Sparkasse für Gewerkschaften  
 Hamburg, Konto Nr. 1200002  
 Postfachnummer: Hamburg 10715-80

Untersuchungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland  
 Bezirksleitung Hamburg, 1. Hamburg 1, Kurt-Schumacher-Platz 10

An den Betriebsrat der  
 HDW Hamburg  
 Rossweg 20  
 2000 Hamburg 11

Von	Zur	Ursache	Datum	Tag
15/16			15/16	25.11.81

Betr.: Prämienentlohnung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zwischen dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie Hamburg/Schleswig-Holstein und der Industriegewerkschaft Metall, für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Hamburg, ist in Abänderung der Protokollnotiz zu § 2 Ziff. 1 des Lohnrahmentarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer in der Metallindustrie in Hamburg und Umgebung vom 03.12.74 in der Metallindustrie in Hamburg und Umgebung vom 03.12.74 vereinbart worden, daß über die Einführung einer Prämienentlohnung für die HDW Hamburg Geschäftsleitung und Betriebsrat von den Tarifvertragsparteien Verhandlungsvollmacht bekommen. Mit dieser Vereinbarung sind von uns aus die Möglichkeiten für eine betriebliche Regelung gegeben. Die Tarifvertragsparteien behalten sich eine schriftliche Zustimmung zu einer evtl. Betriebsvereinbarung ausdrücklich vor.

Mit freundlichen Grüßen  
 INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL  
 f.d. Bundesrepublik Deutschland  
 -Bezirksleitung Hamburg-  
 - Otto vom Steeg -

**Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland**  
**Verwaltungsstelle Hamburg**

**HINTERGRÜNDE UND FAKTEN ZUM HDW - UNTERSUCHUNGSVERFAHREN 1981**

1. Notwendige Vorbemerkungen

1.1 Es ist erschreckend, wie wenig Journalisten und andere an dem Negativbild der Gewerkschaften zeichnen, wie sehr dabei Misslingen vorzuziehen oder unterschlagen, auch Unklarheiten hinwegwuscheln werden. Ein Musterbeispiel dafür ist ein Teil der berichterstatteten in den Medien über die Vorgänge der Betriebsratswahl 1981 bei der HDW in Hamburg.

Daß die IG Metall eine für Gewerkschaften lebenswichtige Grundregel - die der solidarischen Geschlossenheit auch bei Betriebsratswahlen - nicht verletzen lassen darf, wird ihr als politischer und sozialistischer Willkür ausgelegt.

1.2 Es gehört zum kleinen Einmaleins der Gewerkschaften: Gegen die wirtschaftliche Übermacht der Unternehmer gibt es nur eine Gegenmacht, die in einer Gewerkschaft. Wer diese geschlossene Front der Arbeitnehmer spaltet, fügt der Gewerkschaft schweren Schaden zu. Er dient - wenn auch ungewollt - den Unternehmern, dem Kapital, den Herrschenden in den Betrieben. Die Masse der wirtschaftlich abhängigen Beschäftigten werden, weil es ihnen immer wieder gelingt, den Grundsatz "teile und herrsche" zu praktizieren.

Nur immer dabei hilft, dieses gefährliche Machtinstrument wirksam werden zu lassen, schadet eindeutig den organisierten Kolleginnen und Kollegen. Es ist wirklich sonderbar, daß Gewerkschafter diese schwere Verletzung einer unbedingbaren Grundregel gewerkschaftlichen Handelns zum Favalierstilkt verniedlichen wollen.

Nur vor gewerkschaftliche Erfolge nicht will, kann die Spaltung der IG-Metall wollen und treiben. Die Spaltung einer Gewerkschaft zerstört ihre wirkungsvolle Interessenvertretung.

2. Grundsätze müssen eingehalten, gegen Zerstörung geschützt werden!

Für die Masse unserer IG-Metall-Mitglieder ist es selbstverständlich, Satzung und Richtlinien, Beschlüsse des Gewerkschaftstages, des Vorstandes und anderer gewerkschaftlicher Gremien als Voraussetzung für ihre Mitgliedschaft zu achten und zu respektieren.

- 2 -

**Gewerkschaftsausschlüsse und Funktionsverbote bei HDW Hamburg**

**Entgegnung auf die IG-Metall-Dokumentation »Hintergründe und Fakten zum HDW-Untersuchungsverfahren 1981«**

Die IG Metall-Ortsverwaltung in Hamburg hat im Dezember 1981 gegen 6 Mitglieder der Liste »Aktive Metaller« anlässlich der Betriebsratswahlen 1981 bei HDW (Howaldtwerke Deutsche Werft AG) Ausschlußantrag und gegen weitere 31 Antrag auf Funktionsverbot für 2 Jahre gestellt. Diese »Empfehlungen« sind vom Vorstand der IG Metall bestätigt worden. Sämtliche 37 Kandidaten der Liste »Aktive Metaller« waren Mitglieder der IG Metall, fast alle waren Vertrauensleute, Betriebsräte oder hatten weitergehende Funktionen. Unter den Gemaßregelten sind langjährige Mitglieder und Funktionäre der SPD und der AFA. Die Ausgeschlossenen gehören also denselben Organisationen an wie diejenigen, von denen sie ausgeschlossen wurden. Das Vergehen dieser Kollegen: Nach langwierigem Tauziehen um die Aufstellung der Kandidaten-Liste der IG Metall haben sie eine eigene Liste mit IG Metallern aufgestellt und mit ihr 51 % der Stimmen, bei den Arbeitern sogar 56 %, bekommen.

Obwohl der Fall Hermann Gaßmann<sup>1</sup> noch lange nicht ausgestanden ist und die »Aktivität« der IGM-Führung in Anspruch

nimmt, hat die OV (Ortsverwaltung) mit ihrem Vorgehen bei HDW ein weiteres Beispiel geliefert, das das Ansehen der Gewerkschaft bei den Mitgliedern demontiert. Der Gegensatz, der zwischen aktiven Mitgliedern und den Sekretären schon bei der Auseinandersetzung um die Solidaritätsarbeit zu Hermann Gaßmann zu Tage trat, ist auch bei HDW wieder sichtbar geworden.

Nimmt man zu alledem noch die verheerenden Wirkungen der Spiegel-Veröffentlichungen über die NEUE HEIMAT und die schon peinlich wirkenden Entschuldigungen, Hin- und Her-Erklärungen fast aller Gewerkschaftsführer (incl. Eugen Loderers und der IGM) und die fortwährenden Verschleierungsversuche anlässlich der Wahl von Vettters Nachfolger, so stellt sich die Frage: Wie kann die gewerkschaftliche Kampfkraft erhalten werden angesichts dieser schädlichen Tätigkeit der Vorstände?

In einer Dokumentation »Hintergründe und Fakten zum HDW-Untersuchungsverfahren 1981« nimmt die Hamburger Ortsverwaltung der IG Metall für sich in Anspruch, »die für Gewerkschaften lebenswichtige Grundregel... der solidarischen Geschlossenheit auch bei Betriebsratswahlen« verteidigt zu haben.

Die OV beruft sich bei ihrem Vorgehen gegen die Kollegen von HDW darauf, daß »Satzungen und Richtlinien, Beschlüsse des Gewerkschaftstages, des Vorstandes und anderer gewerkschaftlicher

<sup>1</sup> Bildungssekretär der IG Metall in Hamburg, der von März bis September 1981 unter dem Verdacht geheimesdienstlicher Verbindungen zum »Osten« in Untersuchungshaft saß, inzwischen wieder für die IG Metall arbeitet und seinen Prozeß erwartet.

*Gremien als Voraussetzung für die Mitgliedschaft zu achten und zu respektieren* seien. Haben diese Satzungsfanatiker schon ganz vergessen, daß unter Berufung auf Satzungen und Richtlinien die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1933 den Nazis die Gewerkschaften zu »treuen Händen« überließ? In diesem Fall führte das Festhalten an den rein gewerkschaftlichen Aufgaben, an Satzungen und Richtlinien, zum Verzicht auf den politischen Kampf der Arbeiterbewegung gegen ihre Todfeinde, die Nazis — und zur Zerstörung der Gewerkschaften selbst. »Grundsätze müssen eingehalten, gegen Zerstörung geschützt werden!« — erklärt die OV.

Aber sie vergißt eines: Grundsätze können nur eingehalten werden, wenn die Voraussetzungen gegeben sind, unter denen sie ihren Sinn erfüllen sollen und können. Der Grundsatz, daß die IG Metall zur Betriebsratswahl geschlossen auf einer Liste antritt, kann — wenn er sinnvoll sein soll — nur bedeuten, daß alle Strömungen innerhalb der IG Metall entsprechend ihrem Gewicht auf der Liste vertreten sind. Nur in diesem Fall nämlich wird die IGM-Liste auch in der Lage sein, einen möglichst großen Teil der Belegschaft hinter sich zu bekommen und damit die größtmögliche Zusammenfassung der Kräfte der Belegschaft gegen den Unternehmer zu schaffen. Es muß also das Problem gelöst werden, wer und wie innerhalb der IG Metall feststellen kann, welches Gewicht hinter den einzelnen Strömungen (bei HDW also hinter dem früheren Betriebsrats-Vorsitzenden Peters und dem Spitzenkandidaten der »Aktiven Metaller« und heutigen Betriebsratsvorsitzenden Mahler) steht. Dazu hat die IGM als organisatorische Form in einer Richtlinie festgelegt, daß der Vertrauenskörper (VK) das kompetente Gremium für die Lösung dieses Problems ist.

Damit der VK das Problem tatsächlich seinem Sinn nach lösen kann, müssen wiederum einige Voraussetzungen erfüllt sein. Der VK muß in der Lage sein: 1. die Meinung der Mitgliedschaft gegenüber der Organisation und den Betriebsräten unbeeinträchtigt zu repräsentieren, 2. die unter seiner Mitwirkung zustande gekommenen Beschlüsse der Organisation den Mitgliedern gegenüber zu vertreten und sie betrieblich umzusetzen.

Wie sich jedoch an den Ergebnissen der BR-Wahl unschwer ablesen läßt, waren der VK und die VK-Leitung in ihren jeweiligen Mehrheitsentscheidungen unfähig, den ersten Teil der Voraussetzungen eines aussagekräftigen VK's zu erfüllen, der die Aufstellung einer IGM-Liste zur Betriebsratswahl im Sinne der Grundsätze der IGM ermöglicht hätte.

Unter solchen — nicht erfüllten — Voraussetzungen verliert die Richtlinie »der VK bestimmt die Liste« ihren gewerkschaftspolitischen Sinn und verkommt zu einem formalen Rechtfertigungsinstrument für diejenigen, die auf diesem Wege ihre Betriebsrats-Posten sichern können — entgegen dem Willen der Mitglieder, die sie zu vertreten haben und die sich inzwischen enttäuscht von der Gewerkschaft abwenden.

### Warum sind gewerkschaftliche Gremien oft nicht mehr in der Lage, dem Sinn der gewerkschaftlichen Grundsätze entsprechend zu handeln?

Als die Arbeiter sich erstmals in Gewerkschaften zusammenschlossen, geschah dies mit dem Ziel und zu dem Zweck, sich durch kollektive Verweigerung ihrer Arbeitskraft gegen die Ausbeutung durch die Unternehmer zu verteidigen. In diesen Kämpfen wuchsen die Gewerkschaften zu einer mächtigen Waffe der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische Ausbeutungsstreben.

Die Statuten und Satzungen, die sie sich in diesen Kämpfen schufen und auch den wechselnden Kampfbedingungen immer wieder anpaßten, waren die von allen Mitgliedern anerkannten Verhaltensmaßregeln, die sich in den Kämpfen als nützlich herauskristallisiert hatten. Eine kämpfende Armee — wie es die Gewerkschaften einst waren — braucht taktische Richtlinien, um ihre Kämpfe diszipliniert und erfolgreich führen zu können.

In dem Maße, in dem die Gewerkschaften wuchsen, brauchten sie auch Angestellte, die den Mitgliedern gegenüber verantwortlich waren und von ihnen bezahlt wurden. Als die Tarifverträge sich vermehrten und für den einzelnen Kollegen nicht mehr überschaubar waren, brauchten sie auch Rechtsexperten, die die einschlägigen Paragraphen noch überblicken konnten. Schon bald mußten

die Mitglieder sich aber gegen Tendenzen ihrer »Angestellten« wehren, die sich selbst immer als das entscheidende Element der Bewegung ansahen. Marx und Engels haben mehr als einmal die deutschen Arbeiter vor den Gefahren, die von dieser Seite drohten, gewarnt: »Und daß die Leute endlich einmal aufhören, die Parteibeamten — ihre eigenen Diener — mit den ewigen Glacehandschuhen anzufassen und vor ihnen wie vor unfehlbaren Bürokraten gehoramsam, statt kritisch dazustehen, ist auch notwendig.« (Engels 1891 an den deutschen Sozialdemokraten Kautsky).

Daß die deutschen Arbeiter nicht in der Lage waren, ihre hauptamtlichen Funktionäre tatsächlich zu kontrollieren und selbständig den Kurs anzugeben, war u.a. ein Grund, der zur kampflosen Kapitulation der deutschen Gewerkschaften 1933 führte. So ist es auch möglich geworden, daß z.B. das Hamburger Gewerkschaftshaus, das vor 75 Jahren von Arbeitergroßen gebaut wurde, um als »Waffenschmiede« der Arbeiterbewegung zu dienen, heute ein kapitalistisch geführtes Treuhand-Unternehmen ist, aus dem die Arbeiter wegen der hohen Saalmieten aus- und die Feinde der Gewerkschaften einziehen.

Heute ist in den deutschen Gewerkschaften von Kampfbereitschaft und gewerkschaftspolitischen Inhalten wenig zu sehen. Aus der kämpfenden Armee von einst ist eine Tarifmaschine und Rechtsschutzversicherung geworden, verwaltet von einer Bürokratie, die sich selbst als Mittelpunkt und die Mitglieder nur noch als zahlendes Beiwerk sieht. Wenn Mitglieder wieder mehr und offener mitreden wollen über Aufgaben und Weg der Gewerkschaften, so wurde das kürzlich z.B. von einem Mitglied der OV mit dem Stoßseufzer kommentiert: »Kritische Mitglieder, schön und gut, aber ich sehe bald nur noch kritische Mitglieder überall.«

Unter solchen Bedingungen, wo erst eine kleine Minderheit unter den Mitgliedern sich wieder einmischte in die gewerkschaftlichen Angelegenheiten und Ersatz suchen will für die untauglich gewordenen Instrumente der Tarifpartnerschaft, werden »Richtlinien« allzu leicht zum formalen Knüttel, der gegen diejenigen Mitglieder und Vertrauensleute geschwungen wird, die nicht mehr bedenkenlos die Weisungen ihrer gewerkschaftlichen »Vorgesetzten« entgegennehmen wollen und die die Apathie der Mitglieder-masse durch gewerkschaftliche Überzeugung und Bewußtsein ersetzen wollen.

Die »Aktiven Metaller« von HDW haben nichts anderes getan, als die Grundsätze und Richtlinien ihrem Sinn nach zu verwirklichen, nachdem die Mehrheit des VK's nicht dazu in der Lage war und vor ihren »Vorgesetzten« strammstand.

Dafür sollen sie nun zum schwarzen Schaf gestempelt werden, so wie überhaupt im Weltbild der Sekretäre die Mitgliedschaft aufgeteilt erscheint in »Gute« und »Schlechte«. Zu den »Guten« auf HDW zählen die »verdienten IG-Metaller« um den ehemaligen BR-Vorsitzenden Peters. In der Dokumentation schreiben sie über sich selbst: »Der Betriebsrat hat jahrelang eine große Anzahl von Entlassungen durch energisch-diplomatisches Verhandeln verhindern können...« — Oder: »Der Betriebsrat hatte alle Hände voll zu tun... die Interessen der Kollegen zu schützen«. — Oder: »Richtig ist, daß der alte Betriebsrat für die Arbeitnehmer gute Verhandlungsergebnisse mit Hartnäckigkeit, Geduld, diplomatischem Verhandlungsgeschick, also ohne Vorschlaghammer, erreichen konnte...« — Man fragt sich, warum die IG Metall-Sekretäre diese Wunderwaffe, über die sie da verfügen, eigentlich nicht bei all den Betriebsschließungen und -einschränkungen der letzten Jahre einsetzten. Die IG Metall-Dokumentation muß jedoch selbst zugeben, »daß der Betriebsrat keine ausreichenden Mitbestimmungsrechte hat, um geplante wirtschaftliche Einschränkungsmassnahmen des Vorstandes der HDW zu verhindern«.

Auch wenn der alte Betriebsratsvorsitzende von seinen besonderen Verhandlungseigenschaften überzeugt sein mag, so können er und die OV nicht bestreiten, daß die Bedingungen, unter denen verhandelt wird, sich radikal geändert haben. Die Unternehmensleitungen sind im Verhältnis zu den Betriebsräten und Arbeitern stärker geworden, weil Betriebsräte und Arbeiter mit dem Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft heute nicht mehr den Druck wie in der Konjunktur ausüben können. Das Verhältnis verschlechtert sich zusehends zuungunsten der Arbeiter und Angestellten. Am Beginn der Krise konnten die Entlassungen scheinbar vor sich gehen. Jedoch werden die Scheibchen mit dem Fortschreiten der Krise größer und schmerzhafter, weil die Möglichkeiten für die Kollegen, woanders Arbeit zu finden, sich in demselben Maße vermindern. Die HDW sind nämlich nicht allein auf der Welt. Die bisher noch so positiv dargestellte Auftragslage bei Blohm & Voss z.B. hat sich stark verschlechtert, es gibt nur noch begrenzt Aufträge, und so wird auch dort bereits von Kurzarbeit und Entlassungen gesprochen.

Eine winzige Minderheit - und dazu gehören Holger Mahler und 35 andere sog. "Aktive Metalller" - wünschten bei der Betriebsratswahl '81 Satzung und Richtlinien sowie einen entsprechenden Beschl. des Betriebsrats der HDW in Hamburg beizubehalten.

Obwohl ihnen gute aussichtsreiche Plätze auf der IG-Metall-Betriebsratskandidatenliste in den Vorberatungen bereits zugesagt und ratenweise wiederholt eindeutig erklärt hatten, daß eine zweite schriftliche Abstimmung in Wahlkabinen durch den Vertrauensrat der IG-Metall mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zuerkannt worden wären, boykottierten die sog. "Aktiven Metalller" in letzter Minute für sich das demokratische Wahlverfahren in VK und Beschlüssen, eine gegen die IG-Metall gerichtete eigene Kandidatenliste zur Betriebsratswahl '81 bei der HDW in Hamburg.

Sie taten dies, obwohl ihnen die Bevollmächtigten Müller und Engelmann und der betreuende Sekretär Peter Helzer schon schriftlich wiederholt eindeutig erklärt hatten, daß eine zweite schriftliche Abstimmung in Wahlkabinen durch den Vertrauensrat der IG-Metall mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zuerkannt worden wären, boykottierten die sog. "Aktiven Metalller" in letzter Minute für sich das demokratische Wahlverfahren in VK und Beschlüssen, eine gegen die IG-Metall gerichtete eigene Kandidatenliste zur Betriebsratswahl '81 bei der HDW in Hamburg.

Sie taten dies, obwohl ihnen die Bevollmächtigten Müller und Engelmann und der betreuende Sekretär Peter Helzer schon schriftlich wiederholt eindeutig erklärt hatten, daß eine zweite schriftliche Abstimmung in Wahlkabinen durch den Vertrauensrat der IG-Metall mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zuerkannt worden wären, boykottierten die sog. "Aktiven Metalller" in letzter Minute für sich das demokratische Wahlverfahren in VK und Beschlüssen, eine gegen die IG-Metall gerichtete eigene Kandidatenliste zur Betriebsratswahl '81 bei der HDW in Hamburg.

Die aktiven Metalller hatten mit ihrem harten Wahlkampf gegen den alten Betriebsrat - zumindest bei der Gruppe der gewerblichen Arbeitnehmer - Erfolg.

So erhielt die Liste 1 "AKTIVE METALLER" ..... 1.582 Stimmen  
Die Liste 2 HDW ..... 145 Stimmen  
Liste 3 - Liste der IG-Metall ..... 1.092 Stimmen

(Bei 1.655 wahlberechtigten Arbeitern erhielten die "AKTIVEN METALLER" 490 Stimmen mehr als die Liste der IG-Metall).

Die Gruppe der Angestellten der HDW in Hamburg entschieden sich wie folgt:  
Liste 1 "AKTIVE METALLER" ..... 305 Stimmen  
Liste 2 - Liste der IG-Metall ..... 438 Stimmen  
Liste 3 - D A G ..... 171 Stimmen

Nirgendwo in den Medien kann man nachlesen, daß die "AKTIVEN METALLER" bei den Angestellten zweits "Eisler" wurden.

### Steigerung der Konkurrenzfähigkeit (als Ausweg)?

Aufsichtsräte und Gewerkschaften sagten in der Vergangenheit immer, es seien unfähige Manager, die Schuld am wirtschaftlichen Niedergang einzelner Betriebe hätten. Es läge an dem Versagen von Managern, wenn Betriebe nicht konkurrenzfähig seien. Die Konkurrenzfähigkeit müsse wiederhergestellt werden. Leider ist das so einfach nicht. Ganz gewiß gibt es unqualifizierte Manager und qualifiziertere. Qualifizierte Manager und Modernisierungsinvestitionen können die Konkurrenzlage eines Betriebes vielleicht für kurze Zeit verbessern — jedoch ist die Folge eine Verschlechterung für andere Betriebe der Branche und auf lange Sicht die Verschlechterung durch Überkapazitäten für alle zusammengekommen. Am Ende läuft das auf die verschärfte Konkurrenz der Arbeiter untereinander und gegeneinander hinaus: Schneller arbeiten, mehr leisten, die Konkurrenz überbieten (sogar im eigenen Unternehmen, z. B. HDW-Kiel gegen HDW-Hamburg). Das kann nur zu dem Ergebnis führen, daß die steigende Produktivität des einzelnen Arbeitsplatzes insgesamt gesehen Arbeitsplätze überflüssig macht, d.h. also die Arbeitslosigkeit steigert. So schaufeln die Arbeiter ihr eigenes Grab!

*„Es ist stadtbekannt, daß die Krise im Weltschiffbau, die aggressive Konkurrenz asiatischer Schiffbauländer die deutschen Werften seit Jahren in größte Bedrängnis gebracht haben. Dies gilt verstärkt auch für die HDW-Hamburg.“*

Was konnte der BR-Vorsitzende Peters und die Dokumentation eigentlich gegen diese *»aggressive Konkurrenz«* auf dem Weltmarkt in den vergangenen Jahren ausrichten? Und welche Vorschläge können sie den Unternehmern und vor allem den Arbeitern für die weitere Zukunft machen?

Da werden die Arbeiter und Angestellten — alle, nicht nur die Werftarbeiter — mit Tatsachen konfrontiert werden, die auch

durch *»energisch-diplomatisches Verhandeln«* nicht aus der Welt zu schaffen sind. Das kapitalistische Profitstreben hat Überkapazitäten geschaffen, die einen Reichtum produzieren können, an dem die Bevölkerung ersticken muß, solange Produktionsmittel und der geschaffene Reichtum nicht in gesellschaftliches Eigentum übergehen.

Die Tatsachen sind stärker als die Reden vieler Minister, mit denen sie seit einigen Jahren versuchen, uns die Rationalisierungsmaßnahmen schmackhaft zu machen. *»Unsere eigene Chance und unsere Stärke auf dem Weltmarkt liegt dagegen bei den neuen Technologien«*, äußerte Ehrenberg 1977 in Nürnberg.

Jetzt kommen die Unternehmer und sagen: Wir müssen die Lohnkosten senken, um besser verkaufen zu können. Der Lohnabbau wird verstärkt weitergehen. Wenn aber die Löhne sinken, kann die Bevölkerung weniger kaufen. Die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise bringt immer stärkeres Chaos hervor, und die Arbeiter kommen in Widerspruch dazu.

### Die »Guten« und die »Schlechten« IG-Metaller

Daß dieser in der Vergangenheit so *»erfolgreiche«* BR-Vorsitzende Peters von seiner Belegschaft bei der letzten Wahl nicht gewählt wurde ist für die IGM-Sekretäre unerklärlich.

Ebenso unerklärlich ist es ihnen, daß — unabhängig von Organisationszugehörigkeit — Funktionäre und Betriebsräte sich zum Widerstand gegen Entlassungen und Abbau formieren. *»Das Erschreckendste für mich ist, daß langjährige engagierte Funktionsträger der IGM ihre Mitgliedschaft und somit ihre Mitarbeit in der Solidargemeinschaft nicht nur aufs Spiel setzen, sondern bewußt aufzugeben bereit sind...«*, schreibt der 1. Bevollmächtigte Müller in einem Brief an die *»Aktiven Metalller«*.

Damit sind wir bei der Charakterisierung der *»Schlechten«* unter den IG Metallern durch die OV, bei den *»Aktiven Metallern.«* Ihnen wird vorgeworfen: Sie verstärken die *»Resignation bei den Mitgliedern...«*. Und: *»Wer die geschlossene Front der Arbeitnehmer spaltet, fügt der Gewerkschaft schweren Schaden zu.«* Oder: *Es ist wirklich sonderbar, daß Gewerkschafter diese schwere Verletzung einer unabdingbaren Grundregel gewerkschaftlichen Handelns zum Kavaliärsdelikt verniedlichen wollen.«*

Bezeichnend für das Demokratieverständnis der OV ist auch, daß sie die *»Aktiven Metalller«* als eine *»winzige Minderheit«* bezeichnet, eine halbe Seite weiter aber erwähnt, daß sie *»etwa 1000 Unterschriften für ihre Liste 'Aktive Metalller'«* gesammelt haben.

Eine *inhaltliche* Stellungnahme der OV zur Politik des alten BR, wie sie von den *»Aktiven Metallern«* dargestellt und kritisiert wird, suchen wir in der Dokumentation vergeblich. Das hindert die IGM-Bezirksleitung nicht, eine mit dem Arbeitgeberverband geschlossene Vereinbarung aufzuheben mit der Absicht, den BR (Aktive Metalller) in eine unter heutigen Bedingungen nahezu aussichtslose Verhandlung mit der Geschäftsleitung über eine neue Entlohnungsart, den sogenannten Prämienlohn, hineinzuzwingen.

Allzu leicht ist da die Absicht zu erkennen, dem neuen — ungeliebten — Betriebsrat den schwarzen Peter zuzuschieben, um somit beweisen zu können, wie sehr doch die Belegschaft sich bei der Wahl geirrt habe. Dies alles umso leichter, als der Gegenbeweis, ein eigenes besseres Verhandlungsergebnis, ja nicht mehr angetreten werden muß.

Die Antragsteller des Untersuchungsverfahrens, die Kollegen um den ehemaligen BR-Vorsitzenden Peters, sowie der noch amtierende VK-Leiter Kock, stellen in der IGM-Dokumentation fest: *...daß beachtliche Teile der Belegschaft unzufrieden sind, muß von allen Beteiligten ernst genommen werden...«* Welches sind die Gründe der Unzufriedenheit? Die Belegschaft der HDW in Hamburg ist von 12.000 im Jahr 1967 auf heute knapp unter 5000 gesunken. Aber auch für diese 5000 besteht akute Gefahr, daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren, obwohl in einer *»Betriebsvereinbarung über Interessenausgleich«* 1979 von *»langfristiger Sicherung der Arbeitsplätze«* als Zielsetzung gesprochen wurde.

<sup>1</sup> Schließung des Werkes Reihstieg, Abbau von 400 Arbeitsplätzen.

Gefahren, die noch weit über diesen 1979 unter Peters vereinbarten Abbau hinausgehen, kündigen sich für die Hamburger Werke bereits seit Jahren an. Im Herbst 1977 fand eine Klausur der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat von HDW statt. Dabei wurde der Entwurf eines Unternehmenskonzeptes auf den Tisch gelegt. Dieses Konzept, so stellt der alte Betriebsrat in der Dokumentation fest, wurde u. a. von dem IGM-Vertreter Birkwald, dem Arbeitsdirektor und Werner Peters »*einhellig verworfen*« und deshalb auch nicht dem Betriebsrat mitgeteilt. Erst im Oktober 1980 hat der gesamte BR von dieser Zusammenkunft erfahren. Unabhängig davon, ob dieses Konzept 1977 verworfen wurde oder nicht, wäre es gewerkschaftliche Pflicht gewesen, Betriebsrat und Belegschaft von den in diesem Konzept bekannt gewordenen Absichten der Geschäftsleitung zu unterrichten, damit sie sich darauf hätten vorbereiten können. Jetzt, 1982, wird dieses Konzept nämlich von der Geschäftsleitung praktisch umgesetzt. Daß BR und IGM es »*einhellig verworfen*« haben, hat keine praktische Folge gehabt.

Die Dokumentation verweist auf die »*gesetzliche Schweigepflicht der Aufsichtsratsmitglieder*«, an die die Vertreter der Arbeitnehmer im AR gebunden seien. Die Teilnahme an den Wahlen zu den Aufsichtsräten wurde von den Gewerkschaften immer damit begründet, daß die Kenntnis der Vorgänge in der Unternehmensleitung für die Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten wichtig sei. Wenn die Arbeitnehmervertreter sich hinter ihrer Schweigepflicht verstecken, dann ist die Teilnahme am Aufsichtsrat für die Arbeiter völlig wertlos und dient nur noch persönlichen Interessen.

### Was heißt für die IG-Metall: Die Unzufriedenheit der Belegschaft »*ernst*« nehmen?

1978, nach der BR-Wahl, fand in Großensee eine Zusammenkunft von HDW-Kollegen der IGM mit dem Sekretär Teichmüller statt, wo sie die Ergebnisse der BR-Wahl analysierten. Aufgrund des relativ starken Anteils der RGO-Stimmen (475 Stimmen, 3 Sitze) wurde dort Übereinstimmung erzielt, daß es in Zukunft notwendig sei, die Gewerkschaftskollegen im Betrieb bei der Aufstellung der IGM-Liste zur Betriebsratswahl stärker miteinzubeziehen. Dieses Ergebnis wurde dem gesamten VK mitgeteilt und positiv aufgenommen. Bei der BR-Wahl 1981 war dies dann wieder vergessen. Alle entsprechenden rechtzeitigen Vorschläge der späteren »*Aktiven Metaller*« wurden abgelehnt. Das Verfahren der Kandidatenaufstellung — Erstellung einer Kandidatenliste, die nicht wesentlich vom alten BR abwich, durch Abstimmung in der VK-Leitung, wonach der gesamte VK dann auch wählen durfte — stellte ein Hinweggehen über jeglichen Mitgliederwillen dar. Die knappe Mehrheit der VK-Leitung (5:4) befürchtete wohl, daß Mitgliederversammlungen, wie sie die Satzung z. B. für die Wahl der Delegierten zur Vertreterversammlung vorschreibt, oder ein anderes Verfahren der Mitgliederbefragung die Stimmung in der Mitgliedschaft nur allzu deutlich gemacht hätte. So brachte erst die Wahl selbst zum Ausdruck, daß die **Kollegen** (80% der gewerblichen sind organisiert) doch zumindest wissen, was sie nicht wollen: nämlich eine Neuauflage des alten Betriebsrats aus der vergangenen Periode.

Die Liste »*Aktive Metaller*« richtete sich nicht gegen die ihnen von der IGM und Peters auf der offiziellen IGM-Liste zugeordneten 4 Plätze, sondern gegen die Mißachtung des Willens der Mitglieder, die sich bereits in Branchen-Versammlungen deutlich gegen die Verhältnisse im alten BR geäußert hatte. Weiter richtete sie sich gegen eine Betriebsratspolitik, die in vielen Punkten keineswegs **offiziellen** gewerkschaftlichen Standpunkten entsprach. Das sind die Tatsachen, die die Gewerkschaftssekretäre mit dem Popanz von »*Demokratie*« und dem Statutenkrieg glauben unter den Teppich kehren zu können.

Welche Vorschläge können sie und ihre Anhänger denn machen, wenn in der nächsten Zukunft die Krise sich weiter ausbreitet, solange sie doch mit diesem System verbunden sind und nur auf bessere Zeiten hoffen können? Für die Arbeiter und Angestellten gibt es nur dann bessere Zeiten, wenn sie selbst in den Produktionsablauf eingreifen und durch ihre Kontrolle eine wachsende Gegenkraft gegen den Profitzwang der Unternehmer schaffen.

Die Gewerkschaftssekretäre betrachten die Betriebsräte als den verlängerten Arm ihrer beschränkten Gewerkschaftspolitik und machen sie damit arbeitsunfähig. Die Betriebsräte sind mit den

Arbeitern und ihren Wünschen viel enger verflochten als die Gewerkschaftssekretäre. Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten ist notwendig, aber doch nur mit Betriebsräten, die die Arbeiter wirklich vertreten und sie nicht nur als »*Stimmvieh*« betrachten.

Wir wollen zum Schluß auf eine Gefahr hinweisen, die den »*Aktiven Metaller*« droht. Da die Lage der Arbeiter und Angestellten sich weiter verschlechtern wird und die Gewerkschaften heute keinen Ausweg zeigen können, werden die Gewerkschaftssekretäre sich beeilen und bemühen, die »*Aktiven Metaller*« als die Schuldigen hinzustellen: Wären die Kollegen doch nur den (unfehlbaren) IGM-Sekretären sowie Peters und Kock gefolgt, dann wäre alles anders und besser gelaufen. Es ist daher notwendig, alle Möglichkeiten zu ergreifen, um mit der Minderheit der Kollegen, die der IGM-Liste folgt, eine gemeinsame Front zur Verteidigung gegen die Unternehmerangriffe zu finden.

In der Dokumentation findet sich die Aussage: »*Wir haben große Sorgen, ob der jetzige Betriebsrat erreichte Verhandlungsergebnisse halten kann.*«

Diese Sorge ist durchaus berechtigt, denn in dieser Krisenzeit gilt sie für **jeden** Betriebsrat. Wenn die Sorgen wirklich ernst gemeint sind — und das kann nur in der Praxis bewiesen werden —, wenn sie nicht nur eine Alibi-Funktion für den alten Betriebsrat haben soll, ergeben sich für die Zukunft bestimmte Folgerungen:

1. Die durch die Ausschlüsse hervorgerufene Spaltung der organisierten Belegschaft muß überwunden werden durch Zusammenarbeit in den praktischen Fragen der Belegschaft.

2. Die Ursachen, die zur Aufstellung der »*Aktiven Metaller*«-Liste geführt haben, müssen durch Verständigung über die gemeinsamen Maßnahmen zur Abwehr der Angriffe der Unternehmensleitung überwunden werden.

3. Die Belegschaft muß in die Auseinandersetzung schon jetzt einbezogen und vorbereitet werden. Ohne die Mobilisierung und Einbeziehung der Kollegenschaft ist Verteidigung der Arbeiterinteressen unmöglich. Kontakte zu den Kollegen anderer Werften, besonders HDW Kiel, müssen ausgebaut werden.

4. Über HDW hinaus müssen die Gewerkschaftskollegen in anderen Betrieben und Gewerkschaften über die Vorgänge informiert werden und müssen die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen fordern. Nur wenn wir das erreichen, haben wir das Recht, von einer »*Einheitsgewerkschaft*« zu sprechen.

Dem Willen der Belegschaft muß Rechnung getragen werden. Dieser kam auf der letzten Betriebsversammlung am 17. 3. deutlich zum Ausdruck, als Kollege Müller-Goldenstedt in Anwesenheit des 2. Bevollmächtigten Engelmann unter großem Beifall die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen forderte. Der IG-Metall-Vertreter schwieg zu diesem Punkt.

---

Fotokopien der gesamten Dokumentation können über die HDW-Kollegen oder über untenstehende Adresse angefordert werden.